Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Gegründet 1825.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum (5 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 50 Pfg., Belags- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Telephonanschluß 16.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Telegrammadresse: Wanderer Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

218. Gleiwitz, Mittwoch, den 21. September 1898. 71. Jahrgang.

Die Uebernahme Hawaiis durch die Vereinigten Staaten.

Unter dem Donner der Kanonen und den Klängen der Nationalhymne ist auf den Hawaiischen Inseln die alte Flagge der unabhängigen Republik niedergeholt und an ihrer Stelle das Sternenbanner gehißt. Am Anfange des Sechzehnten Jahrhunderts, als der von hundert Jahren die Inseln, welche bis dahin ein Reich gebildet hatten, zum ersten Mal zu sehen bekamen, in der Folge zu hoher Blüthe gelangten Staate hatte, spielte sich am 12. August der denkwürdige Vorgang, welcher der Selbstständigkeit der Hawaiischen Inseln ein Ende machte und sie zu einem Theil der Vereinigten Staaten von Amerika machte. Daß dieser Handel sich mit der Zustimmung der Bevölkerung vollzogen hatte, wird niemand behaupten können. An den Petitionen gegen die Einverleibung hat es nicht gefehlt, angeblich drei Viertel der Eingeborenen sind noch heute dem Königshause treu ergeben. Wenige Tage, bevor die Uebergabe der Regierung an die Nordamerikaner erfolgte, fand eine große Versammlung statt, um die frühere Fürstin der treuen Gesinnung ihrer Hawaianer zu versichern. Die Königin war selbst zugegen und sprach in längerer Rede ihrem Volke, zugleich aber auch an die Erschienenen die Aufforderung, sich nicht zu gewaltsamen Demonstrationen hinreißen zu lassen, wandte sich Allmächtigen zu, ihm das Land aber Hawaii zu halten, und zu hoffen, daß die Rechte bald wiederkehren würde. Königin Kaulakani ist weit davon entfernt, daß sie auf eine Wiedereinsetzung rechnen dürfte, sich auch für ihre Person mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden und sich formell den Amerikanern nicht unterwerfen. Praktisch wird das Verhalten allerdings wohl kaum von irgend welcher Bedeutung sein. Bereits ist nichts geschehen, was den Frieden der Inseln gefährden könnte, werden die Amerikaner nichts dagegen einzuwenden haben, daß sie nach wie vor in ihrem Privathaus am schönen Washington-Place in Honolulu wohnt. Bezeichnend für den geringen Takt der Amerikaner der früheren Königin gegenüber ist es aber, daß sie dieser Feierlichkeiten auf dem großen Balle am Schluß der Festlichkeiten zu nehmen, mit denen die Uebergabe der Regierung an die Vereinigten Staaten gefeiert wurde. Selbstverständlich wurde diese seltsame Zumuthung von der Königin kurzerhand abgelehnt. Der Vorfall mag wenig dazu beigetragen, die Unzufriedenen versöhnlicher zu stimmen. Das Vorgehen des Festcomités steht übrigens mit der Haltung der offiziellen Vertreter der Union in krassem Widerspruch. Ursprünglich war es den amerikanischen Kaufleuten und Missionaren nach dem Sinn, daß eine einfache, ernste Ceremonie der Würde und Bedeutung und für die hawaiischen Inseln in seinen Folgen auch zweifelsohne sehr bedeutsamen Vorgang bezeichnen sollte; man hatte in den Kreisen der auf Oahu ansässigen Amerikaner gewünscht, eine lärmende Feier veranstalten zu dürfen, die so recht dem Triumph der Emporkömmlinge entsprochen hätte. Der Commandant des vor Honolulu ankernden Schiffs, Admiral Miller, hatte gegen jeden derartigen Vorschlag ein sehr energisches Veto ein, und er unterließ es unter allen Umständen die Mißstimmung der Eingeborenen nicht noch zu vergrößern, um zu verhüten, daß nicht ein Zwischenfall seitens der beleidigten Hawaianer die Ceremonie störte.

Diese selbst verlief kurz und ernst. Auf dem großen Platze zwischen dem Regierungspalast und dem Justizgebäude waren zwei Flaggenmasten errichtet, von denen einer für die niederzuholende hawaiische Flagge bestimmt war, während am anderen die amerikanische gehißt werden sollte. Um den ersteren hatte das hawaiische Militär Aufstellung genommen, um den letzteren die Matrosen und Soldaten des Kreuzers „Philadelphia." Nach einem Gebet überreichte der Gesandte der Vereinigten Staaten, Sewall, in Gegenwart des Admirals, der Offiziere, des diplomatischen Corps und der Beamten der bisherigen Republik ein Document, in welchem eine Autorisation, die Verwaltung des Inselreiches zu übernehmen, ausgesprochen war, dem bisherigen Präsidenten der Republik, Dole, erwiderte mit wenigen Worten. Dann verlas der amerikanische Gesandte die folgende Proklamation:

„An die Regierung und das Volk der Hawaiischen Inseln.

Durch den Inhalt der gemeinsamen Resolution, durch welche die Gesetzgeber hawaiischen Inseln und ihrer Dependenzen an die Vereinigten Staaten beschlossen ist, ist vorgesehen worden, daß, bis der Congreß die Verwaltung von Hawaii regeln wird, die Civil-, Polizei- und Militärgewalt, die jetzt von Beamten und Offizieren der bestehenden Regierung ausgeübt wird, solchen Personen unter solchen Bestimmungen übertragen werden soll, die der Präsident der Vereinigten Staaten für angemessen erachtet. In Ausübung der Gewalt, die ihm durch den gemeinsamen Beschluß auf diese Weise übertragen ist, bestimmt der Präsident hiermit, daß die Civil-, Polizei- und Militärgewalt von den Beamten und Offizieren der bisherigen Republik Hawaii auch weiter ausgeübt werden soll, welche unmittelbar vor der Uebergabe der Souveränetät im Amte waren, vorbehaltlich meiner Berechtigung, Beamte und Offiziere zu entlassen und durch andere zu ersetzen. Alle diese Beamten werden aufgefordert, sofort einen Eid auf ihre Zugehörigkeit zu den Vereinigten Staaten abzulegen; das gesammte Militär wird ebenso vereidigt werden. Die Beamte, die Cautionen gestellt haben, haben solche der Regierung der Vereinigten Staaten sofort zu erneuern.

Die Amtsbefugnisse des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten haben infolge des Ueberganges der Souveränetät und des Eigenthums von Hawaii auf die Vereinigten Staaten, so weit sie sich auf den diplomatischen Verkehr zwischen Hawaii und fremden Mächten beziehen, natürlich aufgehört zu bestehen. Die innere Verwaltung Hawaiis, soweit sie nicht zur Erfüllung der Verträge mit auswärtigen Mächten eingerichtet ist, gegen die gemeinsame Resolution, die Verfassung der Vereinigten Staaten oder irgend einen Vertrag der Vereinigten Staaten verstößt, bleibt bestehen, bis der Congreß der Vereinigten Staaten anderes anordnet. Die bestehenden Zollverträge Hawaiis mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern bleiben unverändert, bis der Congreß die Zollgesetzgebung und Vorschriften der Vereinigten Staaten auf die Inseln ausgedehnt haben wird.

Unter diesen verschiedenen Bestimmungen wird die Verwaltung der Inseln ununterbrochen ihren Gang weitergehen.

(gez.) Harold M. Sewall,
Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten von Amerika.

Honolulu H. J. 12. August 1898."

In einer längeren Ansprache begründete der Gesandte dann die Bedeutung der Einverleibung der hawaiischen Inseln in die Vereinigten Staaten für die Zukunft der Inseln. Trotz die Rede von den anwesenden nördlichen Anwesenden. Die Gegner hatten sich jedoch verhalten, öfter von lauten Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. Als der Gesandte mit einem Hoch auf die Vereinigten Staaten geendet hatte, feuerte der Kreuzer „Philadelphia" und eine am Hafen aufgestellte Batterie, und je 21 Schuß die hawaiische Flagge. Hierauf die Kapelle des Eingeborenenregiments „Hawaii-Ponoi" die bisherige Nationalhymne spielte. Dann wurde die Retraite geblasen, und langsam sinkte sich die hawaiische Flagge. Gleich darauf erschall beim amerikanischen Militär Trommelgewirbel. Die Kapelle des „Philadelphia" intonirte das „Star Spangled Banner", und das Sternenbanner ging am Mast empor, begrüßt von den Salutschüssen der Kanonen und lautem Hurrah aller Anwesenden. Auch auf den Dächern und Balkons des Regierungspalastes wurde gleichzeitig von Matrosen das Sternenbanner gehißt. Damit war die kurze ernste Feier vorüber.

Unmittelbar an dieselbe schloß sich die Vereidigung der Beamten und Offiziere. Hawaii war aus der Reihe der selbstständigen Staaten gestrichen und die erste Etappe für die Vereinigten Staaten geworden, von der nun auch diese Republik [illegible] Westen, d. h. nach Ostasien unternehmen [illegible]

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 20. September 1898.

Der Kaiser ist, von Wien kommend, gestern Mittag in Hubertusstock eingetroffen.

Ueber die Streikbewegung in Spandau hat der Kaiser selbst und auch der Regierungspräsident in Potsdam von der Polizeiverwaltung Bericht eingefordert. Die Ordnung ist weiterhin nicht gestört worden; indem werden die Maßnahmen zum Schutz der italienischen Maurer aufrecht erhalten, auch werden die Bauplätze auf denen Italiener arbeiten Nachts bewacht, weil Beschädigungen der Baugerüste angedroht worden sind. Die vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts angestrebte Vermittelung zur Beilegung des Streikes ist gescheitert, weil die Arbeitnehmer socialdemokratischer Agitatoren zu den beabsichtigten Verhandlungen entsandt haben, die von den Arbeitgebern aber nicht als die berechtigten Vertreter der Gesellen anerkannt werden. Die Meisterdeputation lehnt es daher ab, mit den Delegirten der Streikenden zu unterhandeln. Inzwischen treffen fortgesetzt Bauarbeiter von außerhalb in Spandau ein.

Um den in gewissen Blättern immer wiederkehrenden, willkürlichen und übertriebenen Schätzungen des vom Fürsten Bismarck hinterlassenen Vermögens und den dazu beliebten Commentaren entgegen zu treten, ist die „National-Ztg." von bestunterrichteter Seite zu der Mittheilung ermächtigt, daß das ganze Kapitalvermögen des Nachlasses noch nicht 2 Millionen Mark betrug und daß dasselbe für die Erben mit bedeutenden jährlichen Leistungen von Abgaben belastet ist. An Preußen sind nur mehrere Orden in Brillanten und eine Anzahl unveräußerlicher silberner Schaustücke vorhanden, deren Geldwerth insgesammt erheblich unter 150 000 Mark angenommen wird.

— Aus Kiautschou wird geschrieben: Einen angenehmen Vortheil haben die Schiff des Kreuzergeschwaders von der Erwerbung Kiautschous gehabt. „Tonnerland", „Gefion" und „Arcona" haben daselbst in der letzten Zeit ihre Geschütz- und Torpedoübungen abhalten können, ohne die vielen Umständlichkeiten, die die Vornahme dieser Uebungen in fremden Häfen sonst mit sich bringt. Da muß immer erst die betreffende Behörde gefragt werden, es sind darob manchmal noch recht langwierige Verhandlungen statt und anderes mehr. Jetzt erledigt sich das auch in Ostasien, wie in der Heimath. — Vom 23.—29. Juni weilte der Bischof Anzer in Tsintau. Auf Befehl Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Heinrich wurden ihm dessen im Yamen gelegene Räume durch den Gouverneur zur Benutzung angeboten, um ihm zur Hebung seines Ansehen ein besseres Unterkommen zu gewähren, als dies in dem von der Mission gemietheten Chinesenhause möglich war. Der Bischof lehnte jedoch Anerbieten jedoch dankend ab, um den Prinzen im Gebrauch seiner Wohnung nicht zu beschränken. Ueber die Frage, ob das neue deutsche Gebiet dem Anzer'schen Missionsgebiet zugeschlagen werden oder der französischen Mission verbleiben sollte, war damals noch nicht entschieden und betrachtete sich der Bischof daher bei seinem Besuch als Privatmann. Mittlerweile ist diese Frage zu Gunsten des Bischofs von Anzer erledigt worden. — Infolge des Eintreffens der neuen Beamten und des Zuzuges von Privaten sind die Wohnungsverhältnisse recht schwierig geworden. Gleich nach Beendigung der Regenzeit wird eine sehr energische Bauthätigkeit beginnen müssen. Die Versuche, die vorgefundenen chinesischen Häuser durch Verbesserungen, wie Einbrechen von Fenstern, Einziehen von Decken, Cementbelag unter der Dielung, Anbringung von Veranden, wohnlicher zu machen, haben leider nur wenig geholfen. — Für die Feldartillerie ist bereits eine neue Kaserne nebst Stallungen im Bau begriffen, für weitere Kasernen werden die Pläne ausgearbeitet. Hand in Hand hiermit soll die Erbauung von Offiziers- und Beamten-Wohnungen gehen, desgleichen der Bau eines neuen Lazareths, der sich als nothwendig herausgestellt hat. — Die Gesundheitsverhältnisse sind immer noch befriedigende. — In der letzten Zeit hat sich eine größere Anzahl kleiner Geschäftsleute hier niedergelassen und demnächst soll auch eine Wochenzeitung erscheinen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Septbr. Die Blätter heben bei Besprechung der Danksagung des Kaisers Franz Josef als besonders bemerkenswerth mit großer Befriedigung die Stelle hervor, in welcher es heißt, der Kaiser schöpft aus der unwandelbaren Liebe seines Volkes nicht nur das verstärkte Gefühl, auszuhalten in der ihm gewordenen Sendung, sondern auch die Hoffnung des Gelingens. Mehrere Zeitungen drücken zugleich den Wunsch aus, daß der Aufruf des Kaisers zur Eintracht seines Volkes seine Wirkung erzielen möge.

Schweiz.

Neuchatel, 19. Sept. Vier italienische Anarchisten sind hier auf Anordnung des General-Prokurators der Eidgenossenschaft verhaftet. Sie heißen Bezzuto, Colombelli, Morras und Germani. Bei Germani soll, wie verlautet, ein anarchistisches Blatt gedruckt worden sein.

Ueber die Frage der Bekämpfung des Anarchismus, die zurzeit das Tagesthema der europäischen Presse bildet, bringt die „Neue Zürcher Ztg." folgende schweizerisch offiziöse Mittheilung: „Im Gesammtbundesrath wurde die Angelegenheit noch nicht zur Sprache gebracht. Schon jetzt kann indessen darauf hingewiesen werden, daß für anarchistische Verbrechen cantonale und eidgenössische Strafgesetze nicht mangeln. Im Jahre 1894 wurde überdies vom Bund das sogenannte Anarchistengesetz erlassen, das den verbrecherischen Gebrauch oder Besitz von Sprengstoffen, ferner die Aufmunterung und Anleitung zu Verbrechen gegen Personen und Sachen mit Zuchthaus bedroht. Präventiv kann der Bundesrath gegen die ausländischen Anarchisten jederzeit vorgehen durch das nun in Artikel 70 der Bundesverfassung eingeräumte Recht der politischen Fremdenausweisung, eine an sich scharfe discretionäre Waffe, da die Ausweisung rein administrativ ohne gerichtliche Untersuchung geschieht und die Ausgewiesenen die Schweiz nie mehr betreten dürfen ohne Erlaubniß der Bundesbehörde. Es kann sich nur fragen, ob die politische Fremdenpolizei gegenüber den landesgefährlichen Anarchisten schärfer als bisher gehandhabt werden solle. Daß dies im Zusammenhang mit der Ermordung der Kaiserin von Oesterreich-Ungarn in Genf geschehen wird, liegt auch in der Hand und wird auch im Bundesrathshaus in Aussicht gestellt, man weist auch auf die Ausweisung des italienischen Anarchisten Pedrazzi und die Abschiebung der Theilnehmer an dem völkerrechtswidrigen Italienerzug hin. Nach dem amtlichen Bericht befanden sich unter den Abgeschobenen eine Anzahl Anarchisten, zum Beweise, daß die Schweiz gegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kräftig reagirt. Ferner ist in Erinnerung zu bringen, daß im Jahre 1888 die politische Polizei besser organisirt und im Jahre 1889 eine ständige Bundesanwaltschaft errichtet wurde, die namentlich die Fremdenpolizei in Beziehung auf Handlungen, welche die innere oder äußere Sicherheit gefährden, zu überwachen und dem Bundesrath Anträge auf Ausweisungen zu stellen hat. Bekannt ist, daß diese Verbesserungen nur gegen starke Opposition der linksstehenden Parteien, insbesondere der Arbeiterschaft durchgeführt werden konnten." Hierzu bemerkt die „Schles. Ztg." sehr treffend: Diese hochoffiziöse Enunciation kennzeichnet sich als eine recht lahme Vertheidigung der eidgenössischen Saumseligkeit gegenüber dem Treiben der ruchlosen internationalen Mordgesellen.

Italien.

Rom, 19. September. In der Antwortnote des Heiligen Stuhls an Graf Murawiew sagt Cardinal Rampolla, der Papst werde sich an den Arbeiten der Conferenz durch einen besonderen Bevollmächtigten betheiligen.

England.

London, 19. Sept. Es stellt sich nach dem „Observer" heraus, daß Esterhazy sich seit zehn Tagen in London befinde; da er sich den Schnurrbart abrasirt hat, ist er schwer erkenntlich. Esterhazy sagte einem Redakteur des „Observer", daß nicht Feigheit, sondern die Ueberzeugung, daß in seinem Vaterlande keine Gerechtigkeit (!) mehr zu finden sei, ihn hergetrieben habe, und daß der Augenblick gekommen sei, Enthüllungen über seine Rolle in der Dreyfusangelegenheit klar zu legen. Esterhazy erklärte wiederholt, daß er nur im blindesten Gehorsam auf Befehl eines Vorgesetzten handelte; von tausend die Dreyfusakten umfassenden Dokumenten seien circa sechshundert gefälscht. Er sei bereit, zu erklären, von wem und unter welchen Umständen die Fälschungen begangen sind. Es ist anzunehmen, daß die Enthüllungen seine Rückkehr nach Frankreich unmöglich machen werden.

Türkei.

Konstantinopel, 19. Sept. Man glaubt nicht, daß die den Engländern ausgelieferten 42 Muselmanen die Hauptschuldigen bei den Ausschreitungen seien. Der General des Ministeriums des Auswärtigen wurde gestern nach der britischen Botschaft entsendet, um zu verlangen, daß die Rädelsführer bei den Unruhen in Candia aus Kreta ausgewiesen würden. Der Geschäftsträger antwortete, die Angelegenheit gehe den Gerichtshof in Kreta an, der über dieselben zu urtheilen haben würde. — Es verlautet die große militärische Commission im Yildiz Kiosk sei mit der Frage der Schaffung eines Befestigungssystems für armenisch Klein-Asien beschäftigt. Nach dem vorliegenden Plane sollen außer dem bereits befestigten Erzerum noch Wan, Tiflis, Diabekr und Liwas Befestigungen erhalten.

— Das Pariser Haus Rothschild hat durch seinen hiesigen Vertreter ein Concessions-Gesuch in Betreff der elektrischen Beleuchtung Konstantinopels, um welche sich bereits eine deutsche Gruppe bewirbt, eingereicht.

Afrika.

Ueber die weitere englisch-egyptische Action am oberen Nil schwebt noch Dunkel. Daß irgend etwas geplant ist und Vorgänge in Faschoda vom Sirdar Kitchener für möglich gehalten werden, für welche eine Berichterstattung derzeit vielleicht nicht erwünscht wäre, beweist die durch den General verfügte Rücksendung der Londoner Korrespondenten nach Kairo. Ein Theil der Truppen ist gleichfalls bereits nilabwärts gedampft, ein beträchtlicher Theil aber bleibt zurück. Wie groß dieser Theil ist, dies zu sagen, wäre nicht räthlich, meint eine Depesche aus Omdurman. Eine hübsche Nachlese aus der Mahdistadt bringen die Blätter. Die Grabkuppel droht mit Einsturz, das Arsenal hingegen hat wenig gelitten. Kitchener fand dort bei seinem Besuche ein wahres Waffenmuseum von den jüngsten italienischen [illegible]